

So naheliegend.

Anzeiger von Uster

Mittwoch, 7. November 2018 | Nr. 259 | CHF 3.80 | www.züriost.ch

VIELE FRECHE FÜCHSE

Dübendorfer Jäger an ihren Grenzen

Immer mehr Bewohner beklagen Störungen oder Schäden. Die Jäger stellen meist Fallen – nicht selten wird auch geschossen. **SEITE 5**



NACH KATASTROPHE

Empa untersucht die Unglücksbrücke

Die Forschungsanstalt in Dübendorf prüft Teile der eingestürzten Morandi-Brücke von Genua auf Mängel. **SEITE 3**

INTERREGIO-GRUPPE 6

FC Rüti liegt zur Saisonhälfte vorne

Oberländer Clubs kämpfen mit unterschiedlichem Erfolg: Rüti und Uster spielen gut, Dübendorf ist das Schlusslicht. **SEITE 39**

Redaktion 044 933 33 33
redaktion@zol.ch
Aboservice 044 933 32 05
abo@zol.ch
Inserate 044 933 32 04
inserate@zol.ch
AZ 8620 Wetzikon

ZRR
Zürcher Regionalzeitungen

ANZEIGE

Vorsorgekonto Säule 3a

Frühzeitig planen mit PRIVOR

- ▶ Steuern sparen
- ▶ Vermögen aufbauen
- ▶ Vorhaben realisieren



Mehr Informationen unter
www.zrb.clientis.ch

Clientis
Zürcher Regionalbank

Amtliche Publikationen: Senioren wagen Referendum

USTER Gegen den Beschluss des Parlaments, wonach künftig die städtische Website das amtliche Publikationsorgan der Stadt Uster sein soll, haben Ustermer Senioren das Referendum ergriffen. Ganz allein auf weiter Flur kämpfen sie dabei nicht.

Am Ende überstrahlte der Kampfgeist die Bedenken: Trotz ursprünglich anders lautender Ankündigung hat der Ustermer

Seniorenrat doch noch das Referendum gegen den Beschluss des Gemeinderats ergriffen, wonach ein Grossteil der behördlichen

Mitteilungen in Uster künftig nur noch digital – und damit nicht mehr in dieser Zeitung – publiziert werden soll. Viele Ustermer Senioren würden sich durch diese neue Informationspolitik diskriminiert fühlen, da sie kaum Zugang zur digitalen Welt hätten, sagt Fritz Pfäffli, der Präsident des Ustermer Se-

niorenrats. Am Wochenende haben er und seine Mitstreiter mit dem Sammeln von Unterschriften begonnen – für das Zustandekommen des Referendums sind deren 400 nötig. Unterstützt werden die Senioren unter anderem von den Ustermer Grünen und von Gemeinderat Paul Stopper (BPU). *bro* **SEITE 3**

Neubau für Reha-Zentrum

WALD Nach einer jahrelangen Planung liegt der kantonale Gestaltungsplan «Zürcher Reha-Zentrum Wald» ab diesem Freitag bis Mitte Januar 2019 öffentlich auf. Auf dem Gelände des Walder Faltigbergs soll, leicht abseits der heutigen Klinik, ein Neubau entstehen. Nach der Fertigstellung sollen die alten Klinikbauten abgebrochen werden. Dies ermöglicht den Betrieb auch während der Bauzeit ohne Beeinträchtigung für die Patienten und das Personal. *zo* **SEITE 9**

Fragen zur Asylunterkunft

FEHRALTORF Neben der Abwasserreinigungsanlage in Fehraltorf soll eine neue Asylunterkunft gebaut werden. Bevor in knapp drei Wochen darüber abgestimmt wird, hat der Gemeinderat die Stimmbürger über das Projekt informiert und sich Fragen gestellt. Dabei stellte sich heraus, dass es den Fehraltorfern nicht um Grundsätzliches, sondern um Details geht. Und darum, wie man die Asylsuchenden unterstützen kann. *zo* **SEITE 11**

Stadtrat will flankierende Massnahmen

USTER Der Ustermer Stadtrat zweifelt die Zweckmässigkeit der Neuen Greifenseestrasse an. Er fordert den Kanton auf, das Projekt zu überprüfen.

Mit der Neuen Greifenseestrasse will der Kanton die Verbindung zwischen Greifensee und Uster verkürzen und die Industrie Zimikon vom Verkehr entlasten. Nachdem das Vorprojekt von verschiedenen Seiten unter Beschuss kam, meldet nun auch der Ustermer Stadtrat Zweifel an und fordert, der Kanton solle die Zweckmässigkeit überprüfen. «Wird die Strasse gebaut, führt das in den umliegenden Siedlungsgebieten zwangsläufig zu Mehrverkehr», sagt Bauvorstand Stefan Feldmann (SP). Dies vor allem, weil andere Umfahrungsstrassen in der Region sistiert oder blockiert seien.

Weiter verlangt der Ustermer Stadtrat, dass der Kanton den Schutz des Greifenseegebiets höher gewichtet und flankierende Massnahmen gegen den Mehrverkehr aufzeigt. Für den Stadtrat hat die Neue Greifenseestrasse ohnehin keine Priorität. Denn die Überbauung des Gebiets Grossriet, zu deren Erschliessung die Strasse dereinst dienen soll, ist nicht vor dem Jahr 2035 vorgesehen. *tba* **SEITE 5**



Die Neue Greifenseestrasse soll dereinst auf 640 Metern durch das Gebiet Grossriet führen. Foto: Seraina Baner

ANZEIGE

FEURER DESIGN MÖBEL



vitra.
Aathalstrasse 82 - 8610 Uster
www.feurerdesign.ch
Di-Fr 10-18.30 h - Sa 10-16 h

Ja zum Bau von Hochhäusern

WANGEN-BRÜTTISELLEN Nach intensiven Diskussionen sagten gestern Abend im Gsellhof die 254 anwesenden Stimmbürger Ja zur Teilrevision der Bau- und Zonenordnung von Wangen-Brüttisellen und zum privaten Gestaltungsplan «Brüttiseller Tor». Nun können auf dem Gebiet des Restaurants Flamingo 74 Meter hohe Häuser gebaut werden. Das Gebiet Birkenstrasse, Walder-Areal und entlang der Zürichstrasse kann mit 40 Meter hohen Häusern gestaltet werden. (Bericht folgt.) *bf*

INSERATE

Werbebeilagen

- Conforama SA
- Möbel Märki Handels AG
- Curling Club Wetzikon

Rubriken

- Amtliche Anzeigen 22, 26
- Immobilienmarkt 34
- Marktplatz 12
- Stellenmarkt 32
- Todesanzeigen 26, 28
- Veranstaltungen 15-17



ANZEIGE

Möbel Ferrari
HINWIL

NATUZZI
Grösster NATUZZI-Store der Schweiz • ESTABLISHED

Bauarbeiter legten Zürich lahm

REGION 100 Jahre nach dem Landesstreik von 1918 kam es gestern in Zürich zu einer Grossdemonstration. Die Bauarbeiter forderten unter anderem die Rente mit 60.

Tausende Bauarbeiter zogen lautstark, aber friedlich, durch Zürichs Innenstadt und hielten rote Banner der Gewerkschaft Unia in die Höhe. Hintergrund der Arbeitsniederlegung ist das

Auslaufen des Landesmantelvertrags (LMV). Die Bauarbeiter wehren sich für die Rente 60.

Zürich bildet den Höhepunkt der Protestbewegungen, die seit drei Wochen in mehreren Städten stattfinden.

Gemäss Unia wurde gestern an mehreren Orten die Arbeit niedergelegt. Dabei handelt es sich um einige Baustellen im Grossraum Zürich. Die Gewerkschaft berichtete zum Beispiel

von Arbeitern an der Baustelle am Gubristtunnel, die streikten. Baustellen im Zürcher Oberland waren gestern nicht betroffen, wie Markus Hungerbühler, Geschäftsführer des Baumeisterverbands Zürich/Schaffhausen auf Anfrage bestätigte.

Auch vonseiten der Gewerkschaft gab es keine Hinweise, ob auf Baustellen im Zürcher Oberland die Arbeit niedergelegt wurde. *bf* **SEITE 21**

Immer mehr Geld für Höfe

BERN Immer mehr Bauernhöfe in der Schweiz erhalten mehr als 100'000 Franken Direktzahlungen pro Jahr. Besonders stark gewachsen ist die Zahl der Betriebe, die mehr als 300'000 Franken kriegen. Diese Entwicklung erhält nun zusätzliche Brisanz im Zusammenhang mit der Hornkuh-Initiative: «Reiche» Bauern sollen nach der Vorstellung des Initianten deren Umsetzung bezahlen. *zo* **SEITE 27**

ANZEIGE

Primarschule Sek A Sek B

Ziele setzen
Leistungen zeigen
Erfolge geniessen

Jetzt anmelden:
044 933 90 90
www.iww.ch

IWW AG
8620 Wetzikon
seit über 45 Jahren

Die staatlich bewilligte Privatschule



Senioren kämpfen für den Verbleib von amtlichen Publikationen in der Zeitung

USTER Die Verhältnisse im Parlament waren klar, die Bedenken gross. Der Ustermer Seniorenrat hat sich trotzdem entschieden, sich gegen die neue Informationspolitik der Stadt mit einem Referendum zur Wehr zu setzen. Der Stadtrat will nun auf die Senioren zugehen.

Nun wagen sie es also doch, die Mitglieder des Ustermer Seniorenrats: Am Wochenende sammeln sie zum ersten Mal Unterschriften für ein Volksreferendum gegen den Gemeinderatsbeschluss vom 24. September in Sachen amtliches Publikationsorgan. Damals legte das Parlament fest, dass ein Grossteil der behördlichen Mitteilungen in Uster nur noch digital im Internet und nicht wie bis anhin in gedruckter Form im «Anzeiger von Uster» (ZO/AvU) erscheinen soll.

Zahlreiche Ustermer Senioren zeigten sich daraufhin bestürzt. Der Seniorenrat, dessen zehn Mitglieder wichtige Funktionen in Ustermer Seniorenorganisationen bekleiden, verfasste einen Brief an die Stadt- und Gemeinderäte. Präsident Fritz Pfäffli sprach gegenüber dem ZO/AvU von «Diskriminierung». Viele ältere Menschen in Uster hätten zur digitalen Welt keinen Zugang, wichtige Informationen blieben ihnen deshalb vorenthalten.

Fehr ist nicht verärgert

Unterschriften für ein Referendum zu sammeln, schloss der Seniorenrat aber lange Zeit aus. Ihm würden die erforderlichen finanziellen Mittel für eine wirkungsvolle Abstimmungskampagne fehlen, lautete das Argument.

An einen Sieg an der Urne mag Fritz Pfäffli nach wie vor nicht so richtig glauben. Jedoch habe es Gründe gegeben, die für ein Referendum gesprochen hätten. Zum einen sei da die neue Gesundheitsvorsteherin Karin Fehr (Grüne). Mit ihr erhofft sich der Ustermer Seniorenrat eine enge Zusammenarbeit. «Wir hatten Bedenken, Karin Fehr zu verärgern, wenn wir das Referendum ergreifen», so Pfäffli. Über Dritte habe er jedoch vernommen, dass dem nicht so sei.

Tatsächlich sagt Karin Fehr, dass es das demokratische Recht jeder Person oder Organisation sei, gegen einen Parlamentsbeschluss das Referendum zu ergreifen. In der Sache stehe sie jedoch hinter der Weisung des Stadtrats und hinter dem Entscheid des Gemeinderats in Sachen «Amtliche».

«Den Druck erhöhen»

Für das Referendum gegen eben diesen Entscheid habe laut Fritz Pfäffli noch ein weiterer Grund gesprochen: «Wir wollen so den Druck auf Stadt- und Gemeinderat erhöhen.» Konkret soll die Exekutive den Katalog jener Mitteilungen ausweiten, die künftig weiterhin auch in gedruckter Form publiziert werden sollen.

Gemäss seiner Weisung an den Gemeinderat will der Stadtrat lediglich «Todesfälle, betreibungs-

amtliche Versteigerungen, städtische Anlässe, Notfallnummern oder die Öffnungszeiten der Verwaltungen» weiterhin im ZO/AvU publizieren. Zudem findet sich ein Passus, wonach «je nach Zielgruppe und Mitteilung auch weiterhin via Inserat oder Schaukästen» kommuniziert wird.

Dem Seniorenrat ist dies nicht eindeutig genug. Fritz Pfäffli fordert vom Stadtrat deshalb

eine «klare Liste» jener Behördeninformationen, die er weiterhin auf Papier zu veröffentlichen gedenkt. Wie umfassend diese Liste sein muss, damit das Referendum allenfalls zurückgezogen wird, könne er noch nicht sagen. Am liebsten wäre ihm jene Lösung, wonach sämtliche städtischen Mitteilungen sowohl im ZO/AvU als auch auf der städtischen Website www.uster.ch amtlich publiziert werden.

Die Antwort des Stadtrats

Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom Dienstag eine Antwort auf den Brief der Ustermer Senioren von Ende September formuliert. Am Mittwoch soll diese die Adressaten erreichen. «In unserem Schreiben wollen wir unter anderem die Gründe aufzeigen, die zu unserem Entscheid geführt haben, das amtliche Publikationsorgan zu wechseln», sagt Stadtpräsidentin Barbara Thalmann (SP).

Der Seniorenrat und andere Seniorenorganisationen werden zudem eingeladen, gegenüber dem Stadtrat ihre konkreten Anliegen anzubringen. «Wir sind offen für Vorschläge, wie wir die Kommunikation mit der älteren Bevölkerung verbessern können», sagt Thalmann. Auch zu einem Treffen mit Seniorenvertretern sei der Stadtrat grundsätzlich bereit.

Nicht die Finger verbrennen

Was den Support des übrigen Ustermer Politbetriebs betrifft, so halte sich dieser bislang in Grenzen, sagt Pfäffli. «Die wenigsten wollen sich die Finger



«Ich werde immer einen Unterschriftenbogen mit mir führen und bei Gelegenheit Unterschriften einholen.»

Eveline Fuchs (Grüne),
Gemeinderätin

len», sagt sie. Hilfe von den Grünen soll es zudem in einem allfälligen Abstimmungskampf geben. Diesbezüglich sei ihr zu Ohren gekommen, «dass es in Uster durchaus einige Leute gibt, die dem Seniorenrat finanziell unter die Arme greifen würden», sagt Fuchs.

Beistand können die Ustermer Senioren weiter von BPU-Gemeinderat Paul Stopper erwarten. Auch er hatte sich im Rat gegen die neue Informationspolitik ausgesprochen und dagegen votiert. Wie der Seniorenrat forderte er, dass sämtliche behördlichen Mitteilungen künftig sowohl in gedruckter Form im AvU als auch online publiziert werden sollen.

«Eine gewisse Anspannung»

Die Unterstützung der Parlamentarier können die Ustermer Senioren gebrauchen: Denn ob schon sie sich doch noch zum Unterschriftensammeln durchranken – so richtig entschlossen wirken sie noch nicht. «Wir sehen den nächsten Tagen und Wochen mit einer gewissen Anspannung entgegen», sagt Fritz Pfäffli. Der Seniorenrat will nun verschiedene Organisationen um Mithilfe bitten. Das Szenario, bei Passanten im Ustermer Stadtzentrum auf Unterschriftenjagd zu gehen, wolle man nach Möglichkeit vermeiden.

Die Ustermer Senioren haben noch bis zum 28. November Zeit, um die notwendigen 400 gültigen Unterschriften für das Referendum zusammenzubringen.

Benjamin Rothschild



«Wir sind offen für Vorschläge, wie wir die Kommunikation mit der älteren Bevölkerung verbessern können.»

Barbara Thalmann (SP),
Stadtpräsidentin

Mehr Sicherheit durch «roten Platz»

VOLKETSWIL Die Strasse Im Amt in der Volketswiler Aussenwacht Gutenswil ist neu mit roten Markierungen versehen. Für die Anwohner soll dies die Strasse sicherer machen.

Seit Kurzem sind die Bauarbeiten «Im Amt» abgeschlossen, und die Strasse ist für den Verkehr wieder offen. Ersetzt wurden aber nicht nur die Wasserleitungen. Mit den Sanierungsarbeiten wurde gleichzeitig durch die Gemeinde ein neues Konzept zur Verkehrsberuhigung realisiert (wir berichteten). «Für Volketswil ist es ein Pilotprojekt, das wir hier in Gutenswil umgesetzt haben», erklärte Roger Letter. Der Abteilungsleiter Tiefbau und Werke stellte am vergangenen Samstag anlässlich einer kurzen Strassenbegehung das Projekt, das von den Anwohnern initiiert worden war, nochmals kurz vor.

Farbe als «Stupser»

So wurden an verschiedenen Strassenabschnitten durch die Gemeinde rote, breitflächige Farbflächen gesetzt. Im «Eingangstor» von Freudwil herkommend soll die rote Farbe den Automobilisten signalisieren, dass hier der Innerortsbereich beginnt.

«Mit dem Rot wird quasi eine sprechende Situation mit den Verkehrsteilnehmern hergestellt. Es deutet an, dass etwas anders ist und soll so die Autofahrenden automatisch zu einer langsameren Fahrweise veranlassen», sagt Anwohner Marc

Keller, der mit Quartierbewohnern die Initiative ergriff und bei der Gemeinde mit einem Verkehrsberuhigungskonzept vorstellte. Ihr Ziel: Die enge Strasse Im Amt, die über kein Trottoir verfügt und für viele Autofahrende als «Schleichweg» zur Oberlandautobahn dient, sicherer für die Quartierbewohner zu machen.

Unterstützt und begleitet wurden sie dabei von der Firma Ars Cognitionis. «Mit sogenannten Nudging-Massnahmen – also sanften «Stupsern» – kann im Verkehr mit einfachen Mitteln erreicht werden, dass der Strassenraum sicherer und effizienter wird», so Geschäftsführer Marko Kovic, der am Samstag ebenfalls vor Ort war.

«Vernünftige Vorschläge»

«Das von den Anwohnern präsentierte Konzept stiess bei uns auf offene Ohren. Die Vorschläge waren vernünftig und auch finanziell vertretbar» sagte Roger Letter. Sie hätten sich zudem gut mit der Sanierung der Wasserleitungen realisieren lassen.

Nicht alles hätte aber wie gewünscht umgesetzt werden können, ergänzte er. «Das Strassenverkehrsgesetz schreibt genau vor, welche Art von farblicher Gestaltung erlaubt ist», sagte Letter anlässlich der Strassenbegehung. So seien etwa weisse Querstreifen, die immer in kürzeren Abständen gesetzt werden, in der Schweiz nicht erlaubt, da sie zu stark Haltebalcken gleichen würden. «Erlaubt sind eingefärbte Flächen, Bän-

der oder auch gewisse Muster», so Letter.

Im Amt wurde so etwa der Kreuzungsbereich zum Hagmerweg auf rund 20 Metern ebenfalls rot markiert. Der «rote Platz» wie er im Quartier bereits genannt wird, ist ein rot eingefärbter Belag, der speziell für diesen Abschnitt eingebracht wurde. Er ist etwas grobkörniger als der «normale» Asphaltbelag und fällt dadurch beim Drüber-

fahren zusätzlich auf. Ergänzt werden die Verkehrsberuhigungsmassnahmen mit zwei seitlich an der Strasse aufgemalten roten Streifen. «Sie sollen bewirken, dass die Autofahrenden mehr zur Strassenmitte hin fahren und es so mehr Platz für Fussgänger oder Velofahrer gibt.»

Insgesamt haben die Verkehrsberuhigungsmassnahmen rund 20'000 Franken gekostet.

Bea Zogg



Roger Letter, Leiter Tiefbau, erklärte den Anwohnern, wie die Gemeinde Volketswil die Wünsche nach Verkehrsberuhigungsmassnahmen in Gutenswil umsetzte.

Beatrice Zogg

Reste von Unglücksbrücke bei der Empa

DÜBENDORF Die Empa wurde beauftragt, die Unglücksbrücke von Genua auf mögliche Einsturzursachen zu untersuchen. Jetzt sind Teile der Morandi-Brücke in Dübendorf eingetroffen.

Am 14. August war der Polcevera-Viadukt, die von Riccardo Morandi geplante und zwischen 1962 und 1967 erstellte vierspurige Autobahnbrücke, auf einer Länge von rund 250 Metern eingestürzt. Drei gerichtlich eingesetzte Experten nehmen die Abklärungen im Rahmen des Beweissicherungsverfahrens vor. Diese haben die Empa beauftragt, Laboranalysen vorzunehmen. Zu diesem Zweck sind verschiedene Teile der Brücke nach Dübendorf geliefert worden, wie die Empa in einem Fact Sheet festhält. Diese Teile würden nun «von verschiedenen Spezialisten analysiert».

Die Arbeit in den Labors findet unter Ausschluss der Öffentlichkeit statt: Aufgrund des laufenden Verfahrens im Fall der Morandi-Brücke kann die Empa keinerlei Auskünfte erteilen – sie ist zur Verschwiegenheit verpflichtet, wie es im Fact Sheet heisst.

Dass die Empa Teile der Brücke analysiert, überrascht nicht – bereits in der Vergangenheit sind deren Experten in Fällen von baulichen Mängeln und Unfällen beigezogen worden. So etwa nach dem Deckeneinsturz im Hallenbad Uster 1985. *sda*